

Frau Merkel hat den UN-Migrationspakt unterzeichnet: Was bedeutet das konkret für die Stadt Frankfurt am Main?

Nachdem Frau Merkel mit der Unterzeichnung des UN-Migrationspakts Fakten geschaffen hat, wird dies auch für die Stadt Frankfurt weitreichende Konsequenzen haben. Der Pakt verfolgt bekanntlich das Ziel, Migration als sogenanntes ‚allgemeines Menschenrecht‘ zu definieren. „Es geht den Unterzeichnern darum, jedem die Möglichkeit zu eröffnen, in ein Land seiner Wahl einzureisen“, konstatiert Rainer Rahn, AfD-Fraktionsvorsitzender im Römer. „Schließlich regelt der Pakt, dass jeder Migrant im Aufnahmeland sofort alle Rechte in Anspruch nehmen kann, die auch Bürgern des betreffenden Landes zustehen. Dabei geht es vor allem um den Anspruch auf Sozial- und Gesundheitsleistungen“, so Rahn.

Im Vertragswerk heißt es, die Aufnahmeländer sollen ihre ‚nationalen Gesundheitssysteme erweitern und deren Qualität erhöhen, um den Zugang für Flüchtlinge und Aufnahmegemeinschaften zu erleichtern. Insbesondere für Frauen und Mädchen, Kinder, Heranwachsende und Jugendliche, ältere Menschen, Menschen mit chronischen Erkrankungen, einschließlich Tuberkulose und HIV u. ä., Überlebende von Menschenhandel, Folter, Trauma oder Gewalt, inklusive sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, und Menschen mit Behinderungen‘.



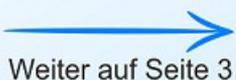
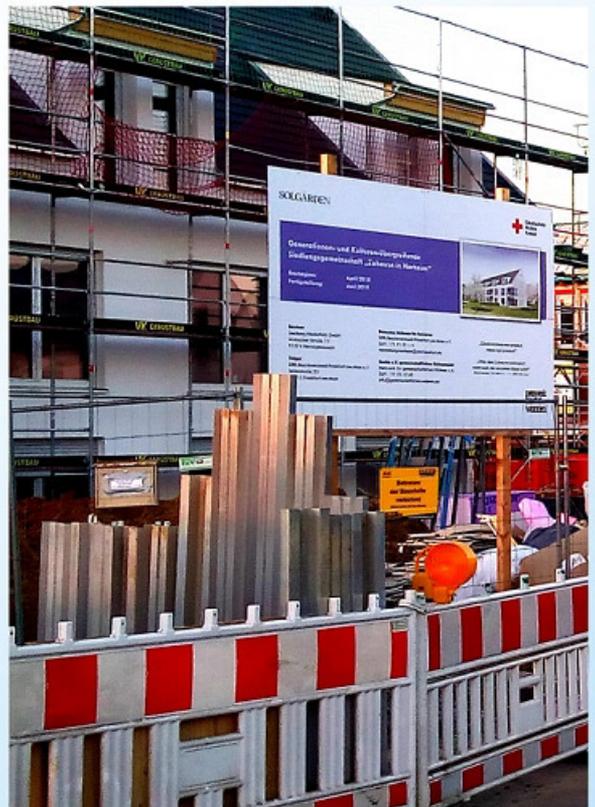
Der Pakt will zudem erreichen, dass die Zielländer der Migration den zur Ansiedlung erforderlichen Wohnraum und die dazugehörige Infrastruktur schaffen. Im entsprechenden Auszug aus dem UN-Papier wird dazu ausgeführt: „Neuansiedlung dient nicht nur als Instrument zum Schutz von Flüchtlingen und zur Lösung ihrer Situation, sondern stellt auch einen konkreten Mechanismus zur Lasten- und Verantwortungsteilung und einen Solidaritätsbeweis dar. Traditionell hat jedoch nur eine begrenzte Zahl von Ländern Neuansiedlungen angeboten. Die Notwendigkeit, ein positives Klima für Neuansiedlungen zu fördern und die dafür nötigen Kapazitäten zu stärken sowie den Bestand an Neuansiedlungsmöglichkeiten zu erweitern, kann nicht genug betont werden“.

Spätestens hier sollten alle Alarmglocken schrillen. Denn für Deutschland als eines der wichtigsten Aufnahmeländer bedeutet dies: „Zukünftig ist eine erheblich größere Zahl von Zuwanderern zu erwarten als bisher“, so Rahn. Und die müssten die einzelnen aufnehmenden Kommunen versorgen. „Entsprechend dem Verteilerschlüssel wird ebenso die Stadt Frankfurt in die Pflicht kommen - wie bisher auch - etwa ein Prozent aller in die Bundesrepublik einreisenden Migranten unterzubringen und zu betreuen“, fährt der AfD-Fraktionschef fort. Unabhängig von der bislang nicht abschätzbaren Anzahl von Zuwanderern bedeute dies, dass die Stadt Frankfurt ihre derzeitigen Kapazitäten an Wohnraum und Infrastruktureinrichtungen deutlich ausweiten müsse. „Und damit deutlich mehr finanzielle Mittel und Personal als bisher bereitstellen muss“, betont Rahn.

Das bringt die AfD im Römer zu der Anfrage, mit welcher zusätzlichen Zuwanderung von Migranten der Magistrat zukünftig aufgrund des zwischenzeitlich abgeschlossenen UN-Migrationspaktes für die Stadt Frankfurt in den kommenden Jahren rechnet.

„Was plant der Magistrat konkret, um die Gesundheitssysteme in der Stadt Frankfurt zu erweitern und deren Qualität zu erhöhen, um den Zugang für Flüchtlinge und Aufnahmegemeinschaften zu erleichtern?“, möchte Rahn wissen. „Plant der Magistrat etwas, um eine Neuansiedlung von Migranten in der Stadt Frankfurt zu ermöglichen?“ Dabei bezieht er sich konkret auf die anvisierte Kapazitätserhöhung von Wohnraum und die Erweiterung des Bestands an Neuansiedlungsmöglichkeiten.

Die im Frankfurter Stadtbild kaum zu übersehende Zunahme nichteinheimischer junger Männer hat zuletzt eine in Rödelheim wohnhafte Bürgerin dazu gebracht, den offenen Brief an den Oberbürgermeister zu verfassen. Anlass des Schreibens, das allen Frankfurter Stadtverordneten vorliegt, ist ein geplantes Flüchtlingsheim in Rödelheim im ehemaligen Max-Planck-Institut.



Weiter auf Seite 3

In diesem sollen u.a. auch alleinstehende jugendliche Flüchtlinge unterkommen. Die Bürgerin beklagt, dass sie sich inzwischen ‚fremd in der eigenen Stadt‘ fühlt, weil abends ‚nur noch arabisch aussehende Männer oder Afrikaner in Rödelheim unterwegs‘ sind. Sie befürchte, dass ‚der exzessive Zuzug von Flüchtlingen die Sicherheit gerade für Frauen erheblich bedroht‘. Die Stadt ‚lasse ihre Frauen alleine‘, dabei sollte Frankfurt doch dringend ‚auch einmal an die Anwohner denken‘. Diese würden mit einem Flüchtlingsüberschuss überfordert. Die meisten Flüchtlinge kämen aus Ländern, wo Frauen einen sehr niedrigen Stellenwert haben‘.

Mit einer Anfrage möchte die AfD im Römer nun klären, wie viele Flüchtlingsunterkünfte die Stadt Frankfurt derzeit betreibt. „In welchen Stadtteilen befinden sich diese?“, hakt Rahn nach. Der AfD-Fraktionschef interessiert sich zudem dafür, wie der Magistrat die Aussagen und Befürchtungen der Bürgerin bewertet. „Und wie steht der Magistrat zu ihrer Anregung, an Frauen in besonders betroffenen Stadtteilen Taxigutscheine auszugeben?“, fragt der AfD-Fraktionsvorsitzende.

Seit 2015 wurden verschiedene Anfragen an den Magistrat bis zum heutigen Tage nicht beantwortet mit der Begründung, man habe in der Kürze der Zeit die erforderlichen Daten noch nicht erheben können. „Es wäre zu erwarten, dass sich der Magistrat inzwischen einen Überblick über die Situation der zugewanderten Personen verschafft hat und nun auch den Erfolg der Integrationsbemühungen beurteilen kann“, sagt Rahn. Er fragt deshalb: „Wie viele ‚Schutzsuchende‘ wurden der Stadt Frankfurt seit September 2015 insgesamt zugewiesen? Und wie viele von ihnen genau leben eigentlich derzeit in Frankfurt?“

Die AfD im Römer interessiert sich dafür, wie viele der Personen erfolgreich einen Deutsch-Kurs besucht haben, d.h. mit Abschluss-Zertifikat. „Wie sind hier die nachgewiesenen Sprachkenntnisse (Level A, B etc.)? Wie viele der in Frankfurt betreuten Personen haben eine abgeschlossene nachgewiesene Schulbildung in ihrem Heimatland (mit Angabe des jeweiligen Abschlusses)? Oder eine nachgewiesene abgeschlossene Berufsausbildung in ihrem Heimatland?“, hakt Rahn weiter nach.

„Wie viele dieser Personen haben in ihrem Heimatland nachweisbar ein Studium abgeschlossen? Und bei wie vielen der Personen mit Abschlüssen wurde die jeweilige Qualifikation in der Bundesrepublik als gleichwertig anerkannt?“, so der AfD-Fraktionschef. Last but not least heißt es in der AfD-Anfrage: „Wie viele der zugewiesenen Personen - soweit sie zwischen 18 und 65 Jahre alt sind - befinden sich derzeit in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis?“

Bitte informieren Sie sich regelmäßig über unsere politische Arbeit im Frankfurter Stadtparlament unter: www.stvv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html

Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind öffentlich.

Nächster Sitzungstermin : **31. Januar 2019**

Anmeldung unter: einlasskarten.stvv@stadt-frankfurt.de

Bürozeiten der Fraktionsgeschäftsstelle:
Montag - Donnerstag 10 - 15 Uhr

Mail: info@afd-im-roemer.de

Tel.: 069 - 212 46 222

Internet: www.afd-im-roemer.de

IMPRESSUM

AfD-Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3
60311 Frankfurt am Main